

1 **Antragstitel: Das Liberale Bürgergeld:**
2 **aktivierend, einfach und gerecht**

3
4 **Antragsteller: Landesvorstand (advokatorisch)**

5
6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7
8 Wohlstand für alle ist in einer Zeit schneller wirtschaftlicher und technologischer Verän-
9 derungen nur erreichbar, wenn es gelingt, die Rahmenbedingungen für Investitionen
10 und Innovationen ständig zu verbessern und die Eintrittsbarrieren Arbeitssuchender auf
11 dem ersten Arbeitsmarkt wirksam abzubauen.

12
13 Dazu gehören zum einen die fehlende Flexibilität im Tarifvertragsrecht mit der Folge zu
14 hoher Sockellöhne, das zu starre Arbeitsrecht, insbesondere beim Kündigungsschutz,
15 und die viel zu hohen Lohnnebenkosten.

16
17 Zum anderen bedarf es einer zielgenaueren Ausgestaltung der staatlichen Transferleis-
18 tungen, die den arbeitsfähigen Bürgern stets einen ausreichenden finanziellen Anreiz
19 zur Aufnahme und Ausweitung einer regulären Beschäftigung belässt.

20
21 Bei einer wachsenden Zahl von gering Qualifizierten reicht die Arbeitsproduktivität aller-
22 dings nicht aus, um die familiäre Existenz in vollem Umfange zu sichern. Ihnen muss
23 durch eine wirksame Hilfe zur Arbeit der Eintritt in ein reguläres Beschäftigungsverhält-
24 nis ermöglicht werden.

25
26 Zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung muss zudem die Bundesagentur für Arbeit
27 grundlegend neu organisiert werden, weg von der zentralistischen Verwaltung, hin zu
28 einer bürgernahen Arbeitsvermittlung.

29
30 Nur wenn es gelingt, möglichst schnell zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kom-
31 men, werden wir es schaffen, die Schuldenspirale der öffentlichen Haushalte endlich
32 zurückzudrehen.

33
34 Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) leisten keinen ausreichenden
35 Beitrag zur Lösung dieser Probleme. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit auf immer neue
36 Rekordwerte. Statt dem Arbeitsmarkt den notwendigen Befreiungsschlag zu geben,
37 damit genügend Arbeitsplätze überhaupt entstehen können, werden den Arbeitslosen
38 faktisch die Leistungen gekürzt ohne ihnen neue Chancen durch Arbeit zu eröffnen.

39
40 Es fehlen ergänzende Reformschritte zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, zur not-
41 wendigen Öffnung der Tarife nach unten und zur Verbesserung der Rahmenbedingun-
42 gen für die in Deutschland tätigen Unternehmen, damit diese wesentlich mehr Arbeits-
43 plätze anbieten können.

44
45 Ergänzend zu der Liberalen Steuerreform, den liberalen Vorschlägen für die Neugestal-
46 tung der Kranken- und Pflegeversicherung und den liberalen Arbeitsmarktreformen for-
47 dert die FDP die Einführung des Liberalen Bürgergeldes, aktivierend, einfach und ge-
48 recht mit dem Ziel, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen,
49 dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, dem Leistungsprinzip und dem Solidaritätsprinzip –
50 für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

51
52 Durch das Bürgergeld wird das gesamte Sozialsystem modernisiert: Möglichst alle
53 steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates werden auf die Bedürftigkeit der Bürger
54 ausgerichtet, pauschaliert, in einem Universaltransfer, dem Bürgergeld, zusammenge-
55 führt und in die Einkommensbesteuerung integriert.

56
57 Für den Bürger entsteht ein einfaches, verständliches und dadurch gerechtes Sozialsys-
58 tem. Die Anzahl der Ansprechpartner für die finanziellen Bedürfnisse der Bürger wird

58. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 16. April 2005 in Essen

1 auf ein Minimum reduziert, Mehrfacherklärungen über Einkommens- und Vermögens-
2 verhältnisse gegenüber unterschiedlichen Ämtern entfallen.

3
4 Im Bereich unterer und mittlerer Einkommen wird durch ein System intelligenter Hinzu-
5 verdienst- und Sanktionsmechanismen gewährleistet, dass zum einen derjenige, der
6 arbeitet, spürbar mehr bekommt, als derjenige, der nicht arbeitet – ein gleitender und
7 lohnender Übergang zu besser bezahlter Arbeit entsteht.

8
9 Im Einzelnen schlägt die FDP vor:

- 10
11 1. Die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebensla-
12 gen), das Wohngeld, das Arbeitslosengeld II und das BAföG, als auch die mit
13 dem liberalen Reformkonzept für die Kranken- und Pflegeversicherung verbun-
14 dene steuerfinanzierte Unterstützungsleistung für Kinder und für Personen mit
15 unzureichendem Einkommen werden als Bürgergeld in einem Universaltransfer
16 zusammengefasst.
- 17
18 2. Das Bürgergeld wird mit der Einkommensteuer und dem Kindergeld zu einem
19 Steuer-Transfer-System aus einem Guss verknüpft. Steuern und soziale Hilfen
20 werden im Finanzamt miteinander verrechnet. Bürger mit höherem Einkommen
21 zahlen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigen oder gar keinem Ein-
22 kommen bekommen das Bürgergeld als eine Negative Einkommensteuer aus-
23 bezahlt.
- 24
25 3. Die Höhe des Bürgergeldes wird auf der Grundlage folgender Leistungsbedarfe
26 ermittelt:
27 - Pauschale zur Sicherung des Lebensunterhalts (Ernährung, Kleidung und
28 Hausrat),
29 - Pauschale für Unterkunft und Heizung örtlich differenziert,
30 - Pauschalen zu den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung,
31 - Pauschale für Nachteilsausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit und/oder Schwan-
32 gerschaft
33 - Pauschale für Mehrbedarfe bei Ausbildung und bei speziellen, häufig vorkom-
34 menden Behinderungen und Erkrankungen
- 35
36 4. Grundlage für die Berechnung des Bürgergeldes bildet die sog. Bedarfsgemein-
37 schaft, d.h. alle in einem Haushalt zusammen lebenden Personen.
- 38
39 5. Voraussetzung für einen Anspruch auf Bürgergeld ist eine Bedürftigkeitsprü-
40 fung. Dadurch wird die notwendige Treffsicherheit gewährleistet. Bei der Berech-
41 nung der Höhe des Anspruchs auf Bürgergeld werden Einkommen, Vermögen
42 oberhalb bestimmter Freibeträge und Unterhaltsansprüche aller Personen der
43 Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Das Kindergeld und die Pauschale für die
44 Gesundheitsprämie der Kinder werden unabhängig von der Bedürftigkeit gene-
45 rell in voller Höhe gewährt.
- 46
47 6. Der Bürgergeldempfänger, der arbeitet, muss spürbar mehr bekommen, als der-
48 jenige, der nicht arbeitet. Zudem muss der Übergang zu besser bezahlter Arbeit
49 gleitend und lohnend sein. Deshalb sollen folgende Prozentanteile als Freibe-
50 träge nicht auf das Bürgergeld angerechnet werden:
51 - bis 600 € Bruttoerwerbseinkommen: 40 % des Bruttoerwerbseinkommens,
52 - 600 - 1.200 € Bruttoerwerbseinkommen: 20 % des Bruttoerwerbseinkommens,
53 - über 1.200 € Bruttoerwerbseinkommen: 10 % des Bruttoerwerbseinkommens.
54 Durch die Hinzuverdienstgrenzen wirkt das Bürgergeld auf Arbeitlose und Ger-
55 ringverdienende aktivierend, stärkt die Eigenverantwortung und ist ein entschei-
56 dender Schritt zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.
- 57
58 7. Von einem Bürgergeldempfänger, der gesund ist und keine eigenen Angehöri-
59 gen zu versorgen hat, ist grundsätzlich zu erwarten, dass er entweder eine Ge-

1 genleistung an die Gemeinschaft zurückgibt oder eine ihm angebotenen Arbeit
2 annimmt. Andernfalls wird sein Bürgergeld merklich vermindert. Das Bürgergeld
3 schützt so die Fleißigen vor den Faulen und fördert damit die Leistungsbereit-
4 schaft.

5
6 8. Das Bürgergeld wirkt aktivierend durch ausreichende Anreize auf der einen und
7 Sanktionen auf der anderen Seite. Die Sanktionsmechanismen müssen konse-
8 quent angewendet werden, nicht zuletzt auch zum Schutze des Steuerzahlers
9 vor Sozialleistungsmissbrauch und zur Bekämpfung von Schwarzarbeit. Des-
10 halb wird die Pauschale für den Lebensunterhalt um bis zu 30 % gekürzt, wenn
11 angebotene zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Eine weitere Ablehnung zieht die
12 gleiche Rechtsfolge nach sich, so dass die tatsächliche Kürzung bei Arbeits-
13 verweigerung erheblich höher liegen kann.

14
15 9. Die Betreuung der Bürgergeldempfänger erfolgt dort, wo der notwendige per-
16 sönliche Kontakt gewährleistet werden kann: auf kommunaler Ebene. Dies gilt
17 sowohl für die Betreuung der nichterwerbsfähigen Bürgergeldempfänger als
18 auch zusätzlich für die Vermittlung arbeitsfähiger Bürgergeldempfänger. Ziel ist
19 es, arbeitsfähigen Bürgergeldempfängern den Weg hin zu einer lohnenden Ar-
20 beit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ebnen und dazu auch eine eventuell not-
21 wendige psychosoziale Betreuung sowie Wohnungs- und Kinderbetreuungsfr-
22 agen mit einzubeziehen.

23
24 10. Um die Verknüpfung von Lohnsteuer und Bürgergeld zu ermöglichen, erfolgt bei
25 denjenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die Auszahlung des Bürger-
26 geldes durch den Arbeitgeber. Dazu wird auf Antrag eines Berechtigten die Hö-
27 he des Bürgergeldanspruchs seiner Bedarfsgemeinschaft und die Höhe der
28 Kindergeldes (als Teilbetrag des Bürgergeldanspruchs) auf der Lohnsteuerkarte
29 eingetragen bzw. bei einem EDV-gestützten Verfahren zusammen mit den an-
30 deren Lohnsteuerdaten dem Arbeitgeber mitgeteilt. Über seine Lohnabrechnung
31 erhält der Arbeitnehmer seinen Nettolohn und das auszahlende Bürgergeld.
32 Soweit das auszahlende Bürgergeld höher ist als die zu entrichtende
33 Lohnsteuer ergibt sich so praktisch eine Negative Einkommensteuer. Bei Bür-
34 gergeldempfängern, die nicht erwerbstätig sind, erfolgt die Auszahlung des
35 Bürgergeldes entweder direkt über das Finanzamt oder über die zuständige
36 kommunale Einrichtung.

37
38 **Das Liberale Bürgergeld ist unverzichtbarer Bestandteil eines Neustarts für mehr**
39 **Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.**

40
41 Die Einführung des Bürgergeldes ist ein wichtiger Baustein für die vom Bundespräsi-
42 denten angemahnten, umfassenden Reformschritte für unser Land. Es führt nur dann zu
43 dem gewünschten Abbau von Arbeitslosigkeit, wenn es durch weitere Reformen für
44 mehr Wachstum und Beschäftigung ergänzt wird:

- 45
46 - Flexibilisierung des Tarifrechts und Öffnung der Tarife nach unten, damit Arbeit
47 mit geringer Wertschöpfung wieder nachgefragt wird.
48 - Erweiterung des Günstigkeitsprinzips und Abschaffung der Allgemeinverbind-
49 lichkeit von Flächentarifverträgen.
50 - Betriebliche Bündnisse dürfen nicht die Ausnahme bleiben, sondern müssen zur
51 Regel werden.
52 - Reform des Kündigungsschutzes, damit dieser nicht mehr zu einem Einstel-
53 lungshindernis wird und Arbeitsgerichtsprozesse vermindert werden.
54 - Anhebung der Grenze der 400-Euro-Jobs auf 600 Euro als flexibles Arbeits-
55 marktinstrument und Chance gerade für Langzeitarbeitslose oder Erziehende
56 zum Wiedereinstieg auf den ersten Arbeitsmarkt.
57 - Schnellstmögliche Umsetzung einer effizienten, kommunalen und bürgernahen
58 Arbeitsvermittlung und Betreuung.

- 1 - Senkung der Lohnnebenkosten durch Abkopplung des Beitrags zur Pflege- und
2 Krankenversicherung vom Lohn und nachhaltige Strukturreformen in allen so-
3 zialen Sicherungssystemen.
4 - Umsetzung des Liberalen Gesundheitsmodells: Privater Krankenversicherungs-
5 schutz mit sozialer Absicherung für alle, zielgenau, unbürokratisch und
6 familiengerecht.
7 - Einführung eines einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystems verbunden
8 mit einer deutlichen Tarifsenkung und einem zeitgleichen konsequenten Sub-
9 ventionsabbau in Verbindung mit einer Rechtsform neutralen Unternehmens-
10 steuerreform, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wieder her-
11 stellt.
12

13 Das liberale Bürgergeld ist von zentraler Bedeutung, um Deutschland endlich wieder auf
14 einen höheren Wachstumspfad gebracht werden kann – für mehr Wohlstand für alle.
15

16 **Begründung:**

17
18 Erfolgt mündlich.

19

20
21 **BESCHLUSS:**

22